

Wollen wir die Ostzuwanderung?

Wollen wir weiterhin souverän bestimmen, wer in unser Land einwandern, bei uns Arbeit suchen, sich niederlassen, seine Familie nachziehen und Sozialhilfe beanspruchen kann? Oder wollen wir eine unkontrollierte Ost-Zuwanderung – mit gravierenden Folgen für unser Land? Bereits der seit Mitte 2004 praktizierte freie Personenverkehr mit den heutigen 15 EU-Staaten hat dazu geführt, dass jeden Tag rund 120 Deutsche bei uns eine Stelle antreten, 43 000 im vergangenen Jahr. Zwischen März 2004 und 2005 ist die Zahl der Schweizer Arbeitskräfte um 31 300 gesunken, jene der ausländischen Arbeitskräfte hat um 15 500 zugenommen. Die Ost-Personenfreizügigkeit bringt bezüglich Zuwanderungsdruck, Lohn- und Gefährdung unserer Sozialwerke eine neue Dimension: Die

Löhne im Osten betragen durchschnittlich einen Fünftel bis einen Zehntel der Schweizer Löhne. Die Arbeitslosigkeit in den meisten Ostländern (Polen rund 20 Prozent, Jugendarbeitslosigkeit rund 38 Prozent) beträgt ein Mehrfaches der schweizerischen Quote von derzeit weniger als 4 Prozent. Auch bei den Sozialleistungen bestehen gewaltige Unterschiede. Es ist wie ein Naturgesetz: Offene Grenzen und ungebremste Zuwanderung zwischen Ländern mit unterschiedlichem Wohlstand führen zwangsläufig zu einer Nivellierung nach unten. Und die Schweiz hat viel zu verlieren. Fakten zur Ost-Personenfreizügigkeit: Jeder Osteuropäer hat das Recht, sich in die Schweiz zu begeben, um sich eine Beschäftigung zu suchen und sich während sechs Monaten dort aufzuhalten. Wer eine

Stelle findet, erhält eine Aufenthaltserlaubnis von mindestens fünf Jahren. Er kann bleiben, auch wenn er arbeitslos wird oder die Stelle nicht antritt. Grenzgänger benötigen keine Aufenthaltserlaubnis. Grenzgänger ist, wer einmal in der Woche an seinen Wohnort zurückkehrt, zum Beispiel per Bus in die Oststaaten. Jeder EU-Osteuropäer hat Anspruch auf Schweizer Sozialleistungen. In Deutschland sind die Folgen verheerend: Ein-Personen-Firmen, so genannte Ich AGs, welche Dienstleistungen zu Tiefstpreisen anbieten, überrennen das Land. Und bereits haben 25 000 Deutsche aus dem Metzgereigewerbe ihre Stelle verloren; sie wurden durch Billigarbeiter aus dem Osten ersetzt.

Hans Fehr, SVP-Nationalrat, Eglisau.

Keine freie Meinungsäusserung.



Intermezzo.

Die freie Meinungsäusserung in der Schweiz ist schon fast eine Selbstverständlichkeit. Und auch wenn wir uns dieser Tage wieder vermehrt mit unserem Land und unseren Werten befassen, kommen wir nur am Rand auf die freie Meinungsäusserung zu sprechen. So selbstverständlich ist es für uns, dass in den Dörfern und Städten (Föderalismus sei Dank) die Politiker den interessierten 1.-August-Besuchern ihre Gedanken vortragen. Aber in diesem Jahr erhält die freie Meinungsäusserung ein ganz anderes Gewicht. Wird doch Ulrich Schlüer in Urdorf kurzfristig als 1.-August-Redner eingeladen. Man kann von Ulrich Schlüers Politik ja halten was man will, aber seine Rede wäre be-

stimmt interessant, geschichtsträchtig und spannend gewesen. 1.-August-Reden sind ja nicht da, um parteipolitische Parolen herunterzubeten, sondern um Gedanken anzuregen und auf Werte wie Direkte Demokratie, Neutralität und Souveränität hinzuweisen, bilden diese doch das Fundament der Schweiz. Natürlich sind das unter anderem Dinge, die der SVP besonders wichtig sind, darum bedeutet uns der 1. August sehr viel. Aber auch wer politisch eine andere Linie fährt, hält an diesem Tag Reden, und meines Wissens hat es bisher noch jeder fertig gebracht, einigermaßen interessante Aspekte aus seiner Sicht zu beleuchten. 1.-August-Reden von SVP-Politikern stellen also keine Gefahr für die Öffentlichkeit oder gar eine Nötigung zum SVP-Beitritt dar. Und für alle die meinen, diese Redner wollen nur sich und ihre Parteiparolen am 1. August promoten: Dem ist nicht so.

■ ■ ■
Ich habe in meiner diesjährigen Rede nicht als Erstes die Schweizer Werte und was die Schweiz ausmacht in den Mittelpunkt gestellt. Ich habe vom Terrorismus gesprochen, weil dieser auch die Schwei-

zer sehr beschäftigt. Die Opfer der vergangenen Anschläge waren unterschiedlich in Herkunft, Religion, Hautfarbe oder politischer Einstellung. Viele fragen sich: «Hätte es auch Schweizer treffen können? Kommt der Terror auch in die Schweiz?» Mit Sicherheit Nein sagen kann niemand. Aber wir können uns bestmöglichst vor Krieg und Terror schützen. Und zwar muss die Schweiz ihre Bevölkerung in erster Linie damit schützen, indem sie neutral bleibt. Wir können nicht wie eine lärmige Grossmacht im Ausland Frieden zu stiften versuchen. Und wenn wir Panzer in den Irak und nach Pakistan, überhaupt in Krisengebiete, verkaufen, hat das mit einem neutralen Kleinstaat gar nichts mehr zu tun.

■ ■ ■
Etwas mehr Zurückhaltung und Besinnung auf die eigenen Werte täte der Schweiz und vor allem einigen Exponenten wirklich wieder einmal gut. Wenn wir es nicht einmal mehr schaffen, die freie Meinungsäusserung im eigenen Land zu leben, wie wollen wir da anderen Ländern zu mehr Demokratie verhelfen?

■ ■ ■
Natalie Rickli.

Briefe:

Auf diesen Seiten, liebe Leserinnen und Abonnenten, werden Ihre Meinungen zu erfreulichen, ärgerlichen oder aufwühlenden Themen und Erlebnissen im täglichen Leben publiziert sowie Ihre Ansichten zu lokalen wie globalen Ereignissen. Und freilich sind auch Ihre Reaktionen auf redaktionelle Artikel und Kolumnen hoch willkommen, die in unserer kleinen Winterthurer Text-Woche erschienen sind. Die Mitglieder der Redaktion allerdings redigieren und kürzen gegebenenfalls die eingesandten Briefe dem Sinn nach und gemäss dem geltenden Medienrecht. Senden Sie Ihre Beiträge bitte an die Redaktion des «Stadtblatts», Garnmarkt 1, Postfach 2411, 8401 Winterthur oder übermitteln Sie die per Fax: 052 212 75 07 oder per E-Mail: redaktion@stadtblatt.ch.